



# Androsch hadert mit mangelnder Unterstützung

## Lehrerinitiative will Bildungsvolksbegehren noch einmal Schwung verleihen

**Wien** – Weniger als zwei Wochen vor Ende der Frist am 1. Juli zeigt sich Hannes Androsch mit der Anzahl der bisherigen Unterstützungsunterschriften für sein Bildungsvolksbegehren nicht zufrieden. Am 5. November 2010 startete der Industrielle und Ex-Vizekanzler sein Volksbegehren unter dem Titel „Österreich darf nicht sitzenbleiben“. Gemeinsam mit dem Grünen Bildungssprecher Harald Walser und der LIF-Bundessprecherin Angelika Mlinar rief Androsch am Montag erneut zum Unterschreiben auf. Man habe zwar genügend Stimmen beisammen, die für eine Einreichung nötig sind, das sei aber nicht ausreichend.

„Mit der Höhe des Sockels, mit der wir das Bildungsvolksbegehren starten wollen, bin ich nicht zufrieden“, sagte Androsch. Wie viele Unterschriften es derzeit sind, könne er nicht sagen, da die Unterstützungserklärungen auf

2500 Gemeindeämtern und Bezirksämtern aufliegen.

„Die Schulen in Österreich sind derzeit weniger Bildungsstätte sondern Arbeitsplätze für Lehrer“, bemängelte Bernd Schilcher, Mitinitiator des Volksbegehrens. Kritik wurde auch an dem Modell der Modularen Oberstufe geübt. Sollte das Aufsteigen mit drei Fünfern Realität werden, ohne es in die notwendige Gesamtreform einzubetten, bliebe das Ergebnis ein Fleckerlteppich.

Das Volksbegehren Bildungsinitiative wird laut Angaben der Initiatoren frühestens in der Woche vom 26. September und spätestens bis Ende Jänner 2012 starten. Gefordert wird ein faires und effizientes Bildungssystem, eine hochwertige Schule bis zum Ende der Schulpflicht, ein Angebot von ganztägigen Bildungseinrichtungen. Die Talente und Interessen der Kinder müssten schon im Kindergarten gefördert werden.

Positiv ist für Androsch die neu gegründete Lehrerinitiative, die am Dienstag präsentiert werden soll. „Wir Lehrer und Elementarpädagogen fürs Bildungsvolksbegehren“ heißt eine Facebook-Gruppe, die für eine grundlegende Schulreform ist.

„Wir setzen uns für jene Punkte ein, die auch im Bildungsvolksbegehren gefordert werden, wie zum Beispiel die gemeinsame Lehrerausbildung und gleiche Entlohnung für gleiche Leistung“, sagt Heidi Schrodtr, ehemalige AHS-Direktorin und Unterstützerin der Lehrerinitiative, im Gespräch mit dem STANDARD. Auf die Frage, warum die Lehrerinitiative erst jetzt, zwei Wochen vor Ende der Frist des Bildungsvolksbegehrens startet, antwortet Schrodtr: „Wir konnten die Lehrer vorher nicht erreichen, viele versinken in ihrer Arbeit.“ Die Angst vor Repressalien sei aber nicht der Grund, meint sie. (kib, APA)